

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 01.03.2023, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Belegung der Kindertagesbetreuung im Kindergartenjahr 2023/2024 und Ausweitung des Betreuungsangebotes
Vorlage: 2743/2023
2. Anpassung der Entgelte in der Kindertagespflege zum 01.08.2023
Vorlage: 2744/2023
3. Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Grüne, SPD sowie FDP im Rat der Stadt Geilenkirchen zur Kindertagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen
Vorlage: 2
4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Jugendhilfe
Vorlage: 2747/2023
5. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen
Vorlage: 2740/2023
6. Mitteilung der Verwaltung
Vorlage: 2752/2023
7. Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Michael Kappes

Stellvertretende Vorsitzende

2. Frau Judith Jung-Deckers

Stimmberechtigtes Mitglied nach §71 I Ziff. 1 SGB VIII

3. Frau Cornelia Banzet
4. Herr Alexander Dorner Vertretung für Herrn Speuser
5. Frau Christina Hennen Vertretung für Frau Horrichs-Gerads
6. Herr Dirk Kochs
7. Frau Anke Schiffer

Stimmberechtigtes Mitglied nach § 71 I Ziff. 2 SGB VIII

8. Herr Hans-Jürgen Benden Vertretung für Frau Thelen
9. Herr Dietmar Ernst
10. Frau Stefanie Fritz-Begas
11. Frau Ingrid Grein
12. Frau Beate Wallraven Vertretung für Herrn Wagner
13. Frau Marianne Weisweiler

Beratendes Mitglied nach § 5 AG-KJHG i.V.m. § 4 III Satzung

14. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
15. Frau Ruth Bürgens
16. Herr Hermann-Josef Lehnen
17. Frau Sonja Peters Vertretung für Frau Schmidt
18. Herr Heinz Pütz
19. Herr Dirk Riechert
20. Frau Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

von der Verwaltung

21. Herr Michael Goebbels

Protokollführer

22. Herr Noah Schlebusch

Es fehlten:

23. Herr Peter Barwinski
24. Herr Kriminalhauptkommissar Hermann Deffur
25. Frau Petra Friedrichs
26. Herr Sebastian Herweg
27. Frau Katharina Horrichs-Gerads
28. Herr Bernhard Kozikowski
29. Frau Tatjana Neumann
30. Frau Gertrud Pacilli
31. Frau Beate Schmidt
32. Frau Sarah Sontopski
33. Herr Björn Speuser
34. Frau Ruth Thelen
35. Frau Jennifer Ueberwolf
36. Herr Andreas Wagner

Herr Vorsitzender Kappes eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder und Zuschauer. Für die Sitzung hatten sich Frau Neumann, Herr Krell, Herr Wagner, Herr Kozikowski, Frau Friedrichs, Frau Horrichs-Gerads, Frau Thelen und Herr Speuser entschuldigt. Er stellte fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest. Bedenken gegen die Niederschrift der letzten Sitzung seien bislang nicht geäußert worden. Auf weitere Nachfrage meldete sich keines der Ausschussmitglieder.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Belegung der Kindertagesbetreuung im Kindergartenjahr 2023/2024 und Ausweitung des Betreuungsangebotes Vorlage: 2743/2023

Frau Hennen erkundigte sich nach den Kapazitäten der Containeranlage und der Größe des Außenbereiches. Sie wies darauf hin, dass es nur eine Interims- und keine Dauerlösung sein könne, da

ansonsten eine Zweiklassenkindergärtengesellschaft drohe, wodurch höhere Beiträge nur schwer zu begründen seien.

Hierauf bat Herr Benden um eine Abänderung des Beschlussvorschlags. Er schlug vor, der vorliegenden Planung als vorübergehende Lösung bis zum Kindergartenjahr 2025/2026 zuzustimmen und in diesem Zuge die Verwaltung zu beauftragen, in dieser Zeit nach einer adäquaten Dauerlösung zu suchen. Er bat darum, entsprechende Vorschläge in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorzustellen.

Frau Grein wies darauf hin, dass eine Containeranlage kein attraktives Arbeitsumfeld biete, mit dem man Fachkräfte gewinnen könne. Hierauf gab Herr Lehnen an, dass die Anlage in einem sehr guten Zustand sei und sich auch dauerhaft für eine Kita eigne. Eine Containeranlage könne man nicht grundsätzlich ablehnen. Er wies darauf hin, dass der Landschaftsverband Rheinland (LVR) die Eignung der Anlage im Rahmen einer Begehung bereits bestätigt habe und die zukünftige Entwicklung der Fallzahlen noch nicht absehbar sei.

Anschließend gab Frau Grein an, dass die Platzverhältnisse insgesamt beengt seien und das Außengelände hergerichtet werden müsse. Frau Weisweiler teilte hierauf mit, dass sie dies bestätigen könne und daneben eine Belastung aufgrund der Lautstärke bestünde.

Frau Banzet erkundigte sich, wie die 91 bisher nicht versorgten Kinder untergebracht werden könnten.

Darauf gab Frau Jung-Deckers bekannt, dass in Nachbarkommunen Kitas als Containeranlagen kindgerecht gestaltet würden. Diese böten eine gute Alternative bei deutlich geringeren Kosten.

Herr Benden gab hierauf an, dass die Kosten nicht viel günstiger seien. Da die Anlage auf lange Sicht nicht tragbar sei, bleibe er bei seinem Beschlussvorschlag; die Ausgestaltung der Dauerlösung stünde jedoch offen.

Im Anschluss wies Herr Brunen darauf hin, dass die Heimaufsicht die Anlage bereits als geeignet eingestuft habe. Ferner habe die AWO dort vier Gruppen untergebracht, wogegen jetzt nur noch drei geplant seien. Dies habe eine Entzerrung der Verhältnisse zur Folge. Er bat darum, keine zeitliche Begrenzung festzulegen, da dies unrealistisch sei, und plädierte für eine weichere Zielsetzung.

Herr Dorner schlug im Anschluss vor, die Container mit einer Bodendämpfung auszustatten, um die allgemeine Lautstärke zu reduzieren und so die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld bot an, dass bis zum Ende des Kindergartenjahres 2025/2026 eine Entscheidung über eine Alternativlösung getroffen werden könne. Eine neue Kita könne innerhalb dieser Frist nicht gebaut werden. In dieser Zeit könnten jedoch grundsätzliche Fragen hinsichtlich der Trägerschaft und der Finanzierung erörtert werden.

Im Anschluss hieran gab Frau Peters bekannt, dass in der Corona-Zeit zehn Tagesmütter aufgehört hätten und keine Nachfolgerinnen absehbar seien.

Auf Nachfrage von Frau Hennen gab Herr Lehnen an, dass die Gruppenräume eine Fläche von 45 bis 60 m² hätten und somit das Raumprogramm des LVR erfüllten. Lösungsvorschläge bereits in der kommenden Sitzung vorzustellen, sei jedoch zeitlich kaum möglich.

Darauf stellte Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld fest, dass der Konsens in der Abkehr von einer Containeranlage in Dauernutzung läge. Die Frage sei nur, bis wann dies zu bewerkstelligen sei. Hierauf korrigierte Herr Benden seinen Beschlussvorschlag dahingehend, dass dem vorliegenden Jugendhilfeplan 2023/2024 zugestimmt werde, der Jugendhilfeausschuss die Containeranlage in der Jahnstraße als Übergangslösung betrachte und gleichzeitig die Verwaltung mit der Suche nach einer dauerhaften Alternative beauftrage. Ein Zwischenbericht solle so zeitnah erfolgen, dass ein Ansatz im

Haushalt für das Jahr 2024 berücksichtigt werden kann. Gegebenenfalls könne eine Begehung der Containeranlage erfolgen.

Herr Lehnen wies daraufhin, dass die Erforderlichkeit einer Begehung entbehrlich sei, sofern hier nur eine Übergangslösung gesehen werde. Die Verwaltung beabsichtige die Schaffung einer fünfgruppigen Einrichtung an einer anderen Stelle. Zu klären sei die Trägerschaft, die Finanzierung und die Örtlichkeit.

Unter Bezugnahme auf den Vorschlag von Herrn Benden teilte Herr Kappes mit, dass eine weitere Sitzung des Jugendhilfeausschusses für Ende September mit vorheriger Ortsbesichtigung angesetzt werde. Die Sitzung werde dann auf Vorschlag von Frau Wallraven in der Turnhalle des AWO-Kindergartens stattfinden. Im Anschluss stellt er den zuletzt von Herrn Benden formulierten Beschlussvorschlag mit der Bedingung, dass eine Stellungnahme der Verwaltung bis zur Sitzung im September erfolgen solle, zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der vorliegenden Jugendhilfeplanung für das Kindergartenjahr 2023/2024 im Bereich der Kindertageseinrichtungen sowie der Kindertagespflege wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird in diesem Rahmen beauftragt, als Übergangslösung die Einrichtung und den Betrieb einer dreigruppigen Kita in der Containeranlage in der Jahnstraße zum Zeitpunkt des Auszugs der Kita der Lebenshilfe zu Beginn des Kita-Jahres 2023/2024 zu planen und bei Übernahme der Trägerschaft durch einen freien Träger der Jugendhilfe die hierzu nötigen vertraglichen Vereinbarungen zu treffen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung mit der Suche nach einer dauerhaften Alternative beauftragt. Ein Zwischenbericht soll in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im September vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 2 Anpassung der Entgelte in der Kindertagespflege zum 01.08.2023 Vorlage: 2744/2023

Frau Banzet beklagte eine mangelnde Unterstützung seitens des Bundes oder des Landes. Die Haushaltslage der Stadt lasse jedoch lediglich eine Zustimmung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmung beschlossen.

TOP 3 Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Grüne, SPD sowie FDP im Rat der Stadt Geilenkirchen zur Kindertagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen Vorlage: 2

Herr Benden gab an, dass der TOP erneut zwecks vollständiger Information aller Ausschussmitglieder auf die Tagesordnung gesetzt worden sei.

Weitere Anfragen seitens des Ausschusses gab es nicht.

**TOP 4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Jugendhilfe
Vorlage: 2747/2023**

Zunächst wies Herr Vorsitzender Kappes darauf hin, dass dieser TOP zur Entscheidung und nicht nur zur Kenntnisnahme stünde.

Seit dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) sei ein Konzept zugesagt worden, teilte Herr Lehnen mit. Der Plan sei, bis zur kommenden Sitzung im Mai zu den Punkten der GPA Stellung zu nehmen und Prozessbeschreibungen zu erstellen. Unter Berücksichtigung der Sozialraumanalyse werde im Anschluss ein Gesamtkonzept erstellt, welches in den Folgejahren fortgeschrieben und weiterentwickelt werde. Hierzu solle ein Arbeitskreis aus den Mitgliedern des Ausschusses eingerichtet werden, welcher den Konzeptvorschlag der Verwaltung mit erarbeite. Ein Gesamtkonzept könne dann im nächsten Jahr beschlossen werden.

Hierauf schlug Herr Benden die Bildung eines Unterausschusses vor.

Herr Kappes stellte daraufhin den Beschlussvorschlag aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.12.2022 zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 31.05.2023 dem Ausschuss, wie im überörtlichen Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) aus dem Jahre 2021 gefordert, Mittel und Wege für ein umzusetzendes Gesamtkonzept für die Jugendhilfe vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**TOP 5 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen
Vorlage: 2740/2023**

Frau Banzet gab an, dass im Vorjahr die Entlastung der Bürger beschlossen worden sei, was diesen eine gewisse Planungssicherheit gegeben habe. Der Beschlussvorschlag sei in dieser Form nicht zielführend und werfe kein gutes Licht auf Politik und Verwaltung. Die Haushaltslage sei bereits im vergangenen Jahr bekannt gewesen.

Hierauf gab er Dorner an, diese Bedenken zu teilen. Es bestünde ein Fehlbetrag von 60.000,00 €, sofern keine Anpassung stattfindet.

Herr Brunen wies darauf hin, dass in Anbetracht eines Haushaltsdefizits von 4 Mio. € alle Einnahmemöglichkeiten eruiert und auch die Ausgaben überprüft werden müssten. Die Fraktionen

hätten in den Haushaltsdebatten dieser Überprüfung zugestimmt. Durch die Anpassung schließe man sich den anderen Jugendämtern im Kreis Heinsberg an. Ein Vergleich mit vielen anderen Beitragssatzungen habe ergeben, dass es kaum ähnlich hohe Freigrenzen bzw. ähnlich hohe Belastungen der oberen Einkommensgruppen gebe. Ferner seien noch keine Klagen über zu hohe Beiträge aus dem übrigen Kreisgebiet bekannt. Positive Rückmeldungen über die bestehende hohe Befreiung in Geilenkirchen seien ebenfalls noch nicht geäußert worden. Im Rahmen der derzeit geltenden Regelung werde lediglich für 30 % der Kinder ein Beitrag erhoben; der Rest sei unter anderem wegen des Bezuges von Sozialleistungen, worunter auch Wohngeld falle, befreit. Aufgrund der Wohngeldreform werde dieser Anteil noch ansteigen. Er wies darauf hin, dass die Trägeranteile auch aus dem städtischen Haushalt erbracht werden. Ferner sehe die Gemeindeordnung die Erhebung von Entgelten und Gebühren als vorrangiges Mittel zur Akquirierung von Einnahmen vor.

Hierauf teilte Frau Hennen mit, dass sie der Einkommensgrenze von 27.000,00 € ebenfalls nicht zustimmen werde; mit den restlichen Beiträgen sei sie jedoch einverstanden. Dies begründete sie mit einer mangelnden Verbesserung der Einkommenssituation der Eltern. Frau Banzet gab an, sich diesen Ausführungen anzuschließen.

Es bestünde die Möglichkeit, dass Eltern aus Kostengründen den Kitaplatz kündigen und die Kinder zu Hause betreuen würden, warnte Frau Wallraven. Sie schließe sich daher ebenfalls der Position von Frau Hennen an.

Das Ziel bestünde in der Schaffung einer ausgewogenen Lösung im Vergleich zu den anderen Jugendämtern des Kreises Heinsberg, gab Herr Brunen bekannt. Eine Beibehaltung der Befreiung bis 30.000,00 € habe ein Defizit von 11.000,00 € zur Folge.

Hierauf wandte Herr Benden ein, dass es in der Vergangenheit den Vorschlag gab, zwecks Deckung dieses Fehlbetrages noch Stufen für Eltern im oberen Einkommensbereich einzuführen.

Herr Vorsitzender Kappes stellte daraufhin den Vorschlag unter Beibehaltung der Beitragsfreigrenze von 30.000,00 € zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen wird mit Wirkung ab dem 01.08.2023 dergestalt geändert, dass anstelle der bisher ab dem 01.08.2022 geltenden Elternbeitragstabelle die geänderte Tabelle unter Beibehaltung der unteren Einkommensstufe in Höhe von 30.000,00 € in Kraft gesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 6 Mitteilung der Verwaltung Vorlage: 2752/2023

Herr Lehnen teilte zunächst mit, dass für die Skateranlage zwischenzeitlich eine Baugenehmigung vorläge. Die Umsetzung durch Schüler und Fachkräfte in absehbarer Zeit sei geplant.

Ferner habe er bezüglich der Schulung von Ausschussmitglieder Kontakt mit dem LVR aufgenommen. Er schlug eine Onlineschulung vor; gegebenenfalls könne auch eine In-House-Schulung ermöglicht werden. Ziel sei die Vermittlung der Rechte und Pflichten der Ausschussmitglieder; entsprechende

Broschüren stünden bereits zur Verfügung. Auf seine Nachfrage bekundete der überwiegende Teil des Ausschusses sein Interesse hieran.

Frau Banzet schlug vor, die Schulungen abends, freitagnachmittags oder samstags durchzuführen. Hierauf sagte Herr Lehnen eine weitere Sachstandsinformation in der kommenden Sitzung zu.

Eine in der letzten Sitzung angeregte Gesprächsrunde mit den anderen Trägern der Kitas in Geilenkirchen habe keinen Lösungsweg zur Begegnung des Fachkräftemangels aufgezeigt, gab Herr Lehnen darauf folgend bekannt.

Bezüglich der Einrichtung eines Jugendtreffs teilte Herr Lehnen mit, dass Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld sich mit einer Mitarbeiterin mehrere Objekte mit wenig Erfolg angesehen habe. Ein Objekt im Beamtenweg sei jedoch räumlich gut geeignet, weshalb man bereits mit dem Vermieter Kontakt aufgenommen habe. Im nächsten Schritt seien mögliche Fördermittel zu klären. Gegebenenfalls könne man die Räumlichkeit auch tagsüber als Spiel- oder Tagespflegegruppe verwenden. Die Verwaltung werde in den nächsten Sitzungen über den Sachstand berichten.

Herr Goebbels gab an, dass die 90 m² große Örtlichkeit auch einen Außenbereich umfasse; das bestehende Mobiliar könne eventuell behalten werden. Man verfüge dort über einen ebenerdigen Eingang, wogegen die Toilette nicht barrierefrei sei.

Diesbezüglich wies Herr Pütz darauf hin, dass die angedachte Nutzungsänderung die Erforderlichkeit der Barrierefreiheit zur Folge hätte.

Im Anschluss hieran teilte Herr Riechert mit, dass in Absprache mit der Verwaltung in der kommenden Sitzung ein Überblick über die Angebote für Jugendliche in den Außenbereichen geliefert werde. Ferner werde in diesem Zuge die Entwicklung der KoT „Zille“ dargelegt. Er schlug vor, den Schwerpunkt der kommenden Sitzung auf die Jugendarbeit in Geilenkirchen zu legen.

Darauf folgend gab Herr Lehnen bekannt, dass in diesem Jahr erneut Jugendschöffen bei den Jugendgerichten gewählt werden und Vorschläge und Bewerbungen von interessierten Personen gesucht würden. Er bat daher die Ausschussmitglieder, Interessierte hierauf anzusprechen und an das Jugendamt zu verweisen.

TOP 7 Anfragen

Zunächst wies Herr Benden darauf hin, dass ab dem Jahr 2026 ein Rechtsanspruch auf einen Platz in der Offenen Ganztagschule (OGS) bestünde. Fachlich sei dies dem Schulamt zuzuordnen, jedoch müsse diese Thematik auch im Jugendhilfeausschuss behandelt werden.

Herr Brunen teilte mit, dass man sowohl als Jugendhilfe- als auch Schulträger involviert sei. Er sagte zu, diese Thematik künftig vermehrt im Jugendhilfeausschuss zu behandeln.

Frau Hennen gab an, dass mehrere Eltern sie gefragt hätten, wann am AWO-Kindergarten die Schutzpöller wieder aufgestellt werden, da hieraus eine Gefahrenlage resultiere. Diese seien bereits bestellt und würden nach Erhalt aufgebaut werden, gab Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld bekannt. Teilweise seien sie bereits vor Ort; weitere Informationen werden nachgereicht.

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP 8 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende beendete um 19:41 Uhr die Sitzung.

Gez. Kappes
Vorsitzender

Gez. Schlebusch
Schriftführer